

ENTWURF

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

Bahnlärm verringern – bundesweit einheitliche Grenzwerte festlegen

Bahnlärm beeinträchtigt die Gesundheit von Menschen erheblich. Lärmbelästigung kann zu Schlafstörungen führen und erhöht das Risiko für Herzinfarkte, Lernstörungen, Tinnitus und Depressionen. Aufgrund der innerstädtischen Führung der Haupteisenbahnstrecke 1740 sind besonders viele Menschen in Bremen und Bremerhaven von Bahnlärm betroffen. Die Verantwortung für die Umsetzung von umfassenden Lärmschutzmaßnahmen liegt beim Bund. Der Bund hat über die Deutsche Bahn bereits aktive und passive Lärmsanierungsmaßnahmen durchgeführt, allerdings läuft die Verbesserung des Schallschutzes an der Quelle nur schleppend. Vor allem Güterwagen verursachen Erschütterungen, die in den betroffenen Wohnungen und Häusern entlang der Schienenwege wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund hat die Bremische Bürgerschaft im März 2017 den Antrag „Erschütterungen durch Bahnverkehr berücksichtigen – Lärmmessstelle einrichten“ (Drs. 19/869) verabschiedet.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Initiativen wurden nach der Beschlussfassung über den Antrag „Erschütterungen durch Bahnverkehr berücksichtigen – Lärmmessstelle einrichten“ (Drs. 19/869) am 8. März 2017 senatsseitig ergriffen, um sich auf Bundesebene für die Schaffung eines bundesweiten Regelwerks mit Grenzwerten zur Messung von Erschütterungen durch Bahnverkehr einzusetzen?
2. Hat das Land Bremen bislang selbst exemplarischen Erschütterungsmessungen bei Gebäuden durchführen lassen, deren Anwohner seit langem über starke Belästigung durch Erschütterungen und dadurch verursachten sekundären Luftschall klagen, wie etwa in der Stolzenauer Straße 18 in Hastedt? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Informationen und Erkenntnisse liegen dem Senat über Erschütterungsmessungen im Rheintal durch das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht des Landes Rheinland-Pfalz vor und wie bewertet er diese?
4. Welches Ergebnis hatten die Bemühungen des Senats auf Bundesebene, dass besohlte Schwellen standardmäßig in Wohngebieten eingebaut werden, um Erschütterungen zu dämpfen?

5. Wie ist der Stand des geplanten bundesweiten Bahnlärmessystems?
6. Hat der Senat Schritte unternommen, damit der Hafenhinterlandverkehr im Bundesland Bremen durch das geplante bundesweite Bahnlärmessystem erfasst wird? Wenn nein, sind solche Schritte geplant? Falls nicht: Warum nicht?

Arno Gottschalk, Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD